

Provisorische Nationalversammlung. — 12. Sitzung am 9. Jänner 1919.

29

N.V./I.

Anfrage

des

Nationalrat v. Guggenberg und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend die Gebührenbehandlung der Offiziere des Ruhestandes und der Invaliden.

Seit Eintritt unserer gegenwärtigen Heereszustände hat sich eine sehr ärgerliche Unregelmäßigkeit der Gebührenausszahlung an die Offiziere des Ruhestandes eingestellt; auch finden im Felde invalide gewordene Offiziere nicht immer die wünschenswerte Beachtung und Fürsorge.

Die Ruhegehälter der Offiziere, die am Ersten jedes Monats fällig sind, werden durch Monate nicht verabfolgt und die Betreffenden, welche fast durchwegs auf deren pünktlichen Empfang angewiesen sind, in die peinlichste Verlegenheit gebracht und zur Aufnahme von Schulden geradezu gezwungen. Teuerungszulagen des zweiten Semesters 1918, welche schon im Oktober abgelaufenen Jahres fällig gewesen sind und auf deren Empfang selbstverständlich angelegentlichst gerechnet wurde, sind bis heute noch unberichtigt.

Ebenso können Invalide und dienstunfähig gewordene Offiziere, welche auf Grund des Versorgungsgesetzes des Jahres 1875 beurlaubt oder pensioniert wurden, die ihnen mit Reichs-Kriegsministerialerlaß vom 28. Juni 1915, N. IX—3. 25617, in Aussicht gestellte, vorübergehende Aufbesserung nicht erhalten. Alle Vortreibungen oder Mahnungen, sei es auf schriftlichem oder münd-

lichem Wege, sind völlig fruchtlos. Weder geschieht etwas noch erfolgt irgendein Bescheid.

Selbst zugegeben, daß die Übergangsperiode von den vormaligen administrativen Einrichtungen der Heeresverwaltung zu den gegenwärtigen mit mancherlei Reibungen zu kämpfen hat, so ist doch nicht zu verstehen, warum darunter gerade diejenigen Angehörigen der Armee am empfindlichsten zu leiden haben, welche — sei es durch ihr Alter, sei es durch ihre Invalidität — ganz und gar auf die Fürsorge des Staates angewiesen sind und ohne die ihnen gebührendmäßig zukommenden Bezüge, die ja ohnehin bei uns bekanntlich höchst ärmlich und kärglich bemessen sind, in ihrer Hilflosigkeit der drückendsten materiellen und moralischen Sorge ausgesetzt werden sollen.

Die Gefertigten stellen daher an den Staatssekretär für Heerwesen die Anfrage:

„Ob derselbe nicht veranlassen wolle, daß bezüglich der Erfolgslassung der Versorgungsgeldern der Offiziere des Ruhestandes und gesetzlich gewährten Zuwendungen an die Invaliden Genauigkeit und Ordnung Platz greife?“

Wien, 9. Jänner 1919.

Schoiswohl.
Bitt.

Josef Grin.
Birker.
Dr. Ferzabel.

W. Ruhn.
Eisterer.
J. Wohlmeyer.

Nt. v. Guggenberg.
Miklas.
Frankenberger.

Staatsdruckerei. 36210